Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Nur noch Scheinlösungen – Sind “die Populisten” schuld?
2. Fluchtursachen – Für einen Paradigmenwechsel in der Entwicklungspolitik
3. Befristete Beschäftigung erreicht neuen Höchststand
4. Schuldenbremse & Fiskalpakt: Finanzpolitische Hintergründe von Privatisierung und ÖPP
5. Verkauf von vier Millionen Lebensversicherungen: Der langsame Zerfall der privaten Altersvorsorge
6. Drei Jahre Oxi: Wie die Hoffnung in Europa begraben wurde
7. Rheinmetall bahnt Geschäfte mit Aserbaidschan an
8. Die Schlacht um Al Hudaydah (II)
9. Katastrophale Zustände: Was in deutschen Kinderheimen falsch läuft
10. Bischofferode – Das Treuhand-Trauma
11. Mount Everest, ein lebensgefährliches Disneyland?
12. WM 2018 und Adidas – Der Lohn reicht kaum zum Überleben
13. Kritik an Özil nach dem WM-Aus: Oliver Bierhoff verhält sich unanständig
14. Klopp Talk: “I Will Never Vote for the Right”
15. Aufzeichner des Unsagbaren – Nachruf auf Claude Lanzmann

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Nur noch Scheinlösungen – Sind “die Populisten” schuld?**
   Am Donnerstag haben sich auch noch die “Transitzentren” an der bayerisch-österreichischen Grenze in Wohlgefallen aufgelöst. Dabei hatte die EU-Kommission doch schon in vorauseilendem Gehorsam grünes Licht gegeben…
   Das zeigt: Auf die EU-Behörde, die als Hüterin der Verträge fungieren soll, ist kein Verlass mehr. Aber auch der Union in Berlin kann man nicht mehr trauen. Merkel und Seehofer schieben sich schon wieder gegenseitig den Schwarzen Peter zu. All das nun auf die Nationalisten und Populisten zu schieben, wie es etwa die “Süddeutsche” tut, ist arg vereinfacht. Genauso gut könnte man sagen, dass unsere Eliten durchdrehen, weil sie ihre Macht gefährdet sehen. Merkel, Juncker & Co. klammern sich an ihre

Posten und verbünden sich mit jedem, der ihnen (scheinbar) hilft – ob der nun Seehofer, Kurz oder Orban heißt. Doch Probleme lösen, das tun sie schon lange nicht mehr…
…übrigens auch nicht bei anderen Themen. Bei der Reform der Währungsunion, dem Brexit und dem Verhältnis zu Russland gab es bei und seit dem EU-Gipfel keinerlei Fortschritte – auch hier nur Scheinlösungen!
Quelle: Lost in Europe

dazu: CDU und CSU Seehofer droht mit Neuauflage des Asylstreits
Mit Ach und Krach hat die Union den Asylstreit beigelegt. Wie lange hält der Frieden? Im SPIEGEL droht CSU-Chef Seehofer: Besteht der Kompromiss den Praxistest nicht, ginge es "wieder von vorne los".
CSU-Chef Horst Seehofer droht der CDU mit einer Neuauflage des Asylstreits, sollte sich die Vereinbarung mit der Schwesterpartei nicht als praxistauglich erweisen. "Es wäre keine gute Strategie, darauf zu setzen, dass es keine bilateralen Vereinbarungen gibt. Dann müssten wir darauf zurückgreifen, direkt an der Grenze abzuweisen", sagte der Innenminister dem SPIEGEL. "Die Sache ginge dann wieder von vorne los."
Quelle: Spiegel Online

Anmerkung André Tautenhahn: *Das war zu erwarten. Der Haushalt mit roter Null und einer deutlichen Erhöhung des Wehretats ist verabschiedet. Die SPD hat sich außerdem mit einem billigen Zugeständnis, das ohnehin im Koalitionsvertrag steht, zufrieden gegeben. Es spricht also nichts dagegen, die offenbar erfolgreiche Strategie des „Getrennt-Marschierens und Vereint-Schlagens" weiter fortzusetzen.*

2. **Fluchtursachen – Für einen Paradigmenwechsel in der Entwicklungspolitik**
Das „Fluchtursachen überwinden" ist zu einem Credo der deutschen Politik geworden. Auch im sogenannten „Masterplan Migration" von Innenminister Seehofer taucht der Begriff auf. Um die Perspektivlosigkeit in weiten Teilen Afrikas zu überwinden, müssen jährlich mindestens 20 Millionen Arbeitsplätze neu geschaffen werden, schreibt das BMZ. Hat es die richtigen Rezepte dafür?
Die Entwicklungspolitik ist ein herausforderndes Politikfeld. Sie darf nicht einseitig als Sozialpolitik für die Länder des globalen Südens betrachtet werden. Vielmehr müssen Politikfelder wie beispielsweise die Handelspolitik und die globale Finanz- und Steuerarchitektur stets mitgedacht werden. Zentraler Bestandteil der deutschen Entwicklungspolitik sollte es sein, die Ursachen von ausbleibender sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung überwinden zu helfen. Sie sollte den Partnern im globalen Süden die politischen Handlungsspielräume dazu geben anstatt von außen an Symptomen herumzudoktern.

Der Afrikaplan von Entwicklungsminister Müller – der Marshallplan mit Afrika – erkennt diese Herausforderung nach größerer entwicklungspolitischer Kohärenz stellenweise an. Doch der vermeintlich große Wurf scheint erneut zu einem Papiertiger zu werden. Von einem Paradigmenwechsel ist die deutsche Entwicklungspolitik noch immer weit entfernt.
Quelle: Zebrablogs

dazu: «Nicht in meinen Namen!»
Faszinierend zu beobachten, wie aufmerksam Babys auf den Gesichtsausdruck, den Tonfall, die liebevolle Zuwendung der Eltern achten und darauf reagieren. Hier sehen wir die Grundlagen für Empathie, also die Fähigkeit, sich in andere Menschen hineinzudenken und einzufühlen. Einfühlsamkeit ist die wichtigste Basis für eine gesunde emotionale und soziale Entwicklung.
Erschütternd dagegen zu beobachten, auf welche drastische Weise Politik und Wirtschaft darauf hinarbeiten, den Menschen diese Fähigkeit zu Empathie und Mitgefühl systematisch auszutreiben…
Das ist eine neue Stufe der Eskalation der Menschenfeindlichkeit: Die Leute werden von den Propagandisten in Politik und Wirtschaft an die Empathielosigkeit, die selbstverständliche Brutalisierung gewöhnt. Die Sprache des Unmenschen grassiert („Asyltourismus“, „Ausschiffungsplattformen“, „Fiktion der Nichteinreise“, „Anti-Abschiebe-Industrie“, Rettungsboote als „Shuttle“) im Namen der deutschen Heimat, die Flüchtenden werden als Verbrecher behandelt. Alltäglicher Rassismus und Verneinung der Gleichwertigkeit der Menschen: Wer von den maßgeblichen Politikern erinnert daran, auf Grund welcher Erfahrungen Menschenrechte, UN-Charta oder UN-Kinderrechtskonvention als Grundlage des Zusammenlebens der Menschheit verankert werden sollten? Sie zucken mit den Schultern: Menschen? Rechte? Es herrscht Krieg gegen die Armen.
Quelle: Hinter den Schlagzeilen

3. **Befristete Beschäftigung erreicht neuen Höchststand**
   Die anhaltend gute konjunkturelle Entwicklung schlägt sich in steigender Erwerbstätigkeit und auch in der Zunahme sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung nieder. Die Kehrseite der Medaille: Auch die atypische Beschäftigung weitet sich aus (vgl. 16.08.2017), wie am aktuellen Beispiel Berlins studiert werden kann. In diesem Zusammenhang ist besonders auffällig, dass die Zahl der befristeten Beschäftigungsverhältnisse nicht nur nicht zurückgeht, sie steigt bundesweit dermaßen kräftig an, dass im Jahr 2017 ein neuer Höchststand erreicht worden ist. „So viele befristete Arbeitsverträge wie nie“, titelte Spiegel online und berief sich

dabei auf neue Zahlen des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Dessen Pressemeldung zum Thema kann man entnehmen, dass im Jahr 2017 rund 3,15 Mio. Beschäftigte nur einen befristeten Arbeitsvertrag hatten. Im Vergleich zu den knapp 2,89 Millionen des Vorjahres bedeutet das ein Plus von 268.000 Personen bzw. 9,3 Prozent. Zwar steigt die Zahl der befristet Beschäftigten seit 2003 nahezu kontinuierlich an, einen so gewaltigen Sprung hat es mit 9,0 Prozent zuletzt aber im Jahr 2011 gegeben. (…)
Gegen das ausufernde Befristungsunwesen will die amtierende Bundesregierung nun endlich vorgehen. Nein, die Möglichkeit, sachgrundlos zu befristen, soll nicht einfach ersatzlos gestrichen werden. Um den Missbrauch bei den Befristungen zu unterbinden, soll aber wenigstens ihr Anteil an allen Zeitverträgen zurückgestutzt werden. Geplant ist, dass Arbeitgeber mit mehr als 75 Beschäftigten in Zukunft nur noch maximal 2,5 Prozent ihrer Belegschaft sachgrundlos befristen dürfen. Zudem soll die Befristung eines Arbeitsvertrages ohne Vorliegen eines sachlichen Grundes generell nur noch für die Dauer von 18 statt bislang von 24 Monaten zulässig sein. Auch der elenden Praxis der Kettenbefristungen soll es ein wenig an den Kragen gehen. Laut Koalitionsvertrag soll dazu eine individuelle Höchstbefristungsdauer beim selben Arbeitgeber von fünf Jahren eingeführt werden.
Quelle: miese Jobs

Anmerkung Christian Reimann: *Von den Unionsparteien dürften solche halbherzigen Maßnahmen zu erwarten gewesen sein. Anscheinend möchte leider auch diese SPD-Spitze weiter Politik für Arbeitgeber machen. Wenn jedoch die SPD sich ernsthaft erneuern und wieder Partei der sozialen Gerechtigkeit werden möchte, muss sie mehr liefern.*

4. **Schuldenbremse & Fiskalpakt: Finanzpolitische Hintergründe von Privatisierung und ÖPP**
   Staatsverschuldung gilt gemeinhin als das wirtschaftlich Böse schlechthin. Seit Jahren und Jahrzehnten stehen »schwarze Null« und Ausgabenkürzungen daher ganz oben auf der politischen Agenda. Eine Folge dieser Politik sind Privatisierungen und Öffentlich-Private Partnerschaften.
   Im Jahr 2009 wurde mit der Einführung der so genannten Schuldenbremse die wohl gravierendste finanzpolitische Verfassungsänderung der vergangenen 40 Jahre vorgenommen. Die Möglichkeit der Kreditfinanzierung staatlicher Investitionen zum Erhalt und Ausbau der öffentlichen Infrastruktur ist seitdem Geschichte. Weder für den Bund noch für die Bundesländer ist eine schuldenfinanzierte Investitionstätigkeit mehr möglich. Ganz generell, so schreibt es die Schuldenbremse vor, müssen die

öffentlichen Haushalte ausgeglichen sein.
Ausnahmen sind lediglich konjunkturelle Schwankungen, gravierende Notsituationen und Naturkatastrophen. Als außergewöhnliche Notsituation kann auch eine massive Finanz- und Wirtschaftskrise gelten, wie jene in den Jahren ab 2008. Ferner erlaubt die Schuldenbremse im Rahmen des »normalen« wirtschaftlichen Konjunkturgeschehens weiterhin die Kreditfinanzierung von Ausgaben, sofern diese Schulden in konjunkturell besseren Zeiten wieder getilgt werden. Dazu wird der Haushaltssaldo in eine konjunkturelle und eine strukturelle Komponente unterteilt. Die konjunkturelle Komponente soll dabei ein Reagieren auf konjunkturelle Auf- und Abschwünge ermöglichen: In konjunkturell schlechten Zeiten ist die Aufnahme von Schulden erlaubt, in konjunkturell guten Zeiten müssen diese Schulden aber zwingend wieder zurückgeführt werden. Über einen Konjunkturzyklus hinweg soll dies zu ausgeglichenen Haushalten führen.
Quelle: Blickpunkt WiSo

5. **Verkauf von vier Millionen Lebensversicherungen: Der langsame Zerfall der privaten Altersvorsorge**
Generali Deutschland verkauft Millionen Lebensversicherungsverträge. Die Entscheidung zeigt, wie schlecht es um die private Altersvorsorge mittlerweile steht. Verbraucher müssen nun noch besser aufpassen.
Der Deutschland-Chef des italienischen Versicherungskonzerns Generali hat seine ganz eigene Lesart der jüngsten Entscheidung. “Den Kunden wird bald klar sein, dass das die beste Lösung ist”, sagt Giovanni Liverani. So viel Optimismus muss man erst einmal aufbringen.
Das Unternehmen hat am Donnerstag bekannt gegeben, sich weitgehend von seiner Tochter Generali Leben zu trennen – und damit von vier Millionen Lebensversicherungskunden. Ihre Verträge werden, sofern die Finanzaufsicht BaFin zustimmt, fast vollständig von dem wenig bekannten Unternehmen Viridium übernommen, das sich auf die Abwicklung von Versicherungsbeständen spezialisiert hat. Solche sogenannten Run-off-Gesellschaften wollen über kluges Kostenmanagement Erträge generieren, die herkömmliche Anbieter nicht erreichen können.
Quelle: Spiegel Online

Anmerkung JK: *Der Titel spricht für sich, dennoch wird die Privatisierung der Altersvorsorge im Interesse der Finanzindustrie einfach weiter betrieben. Albrecht Müller ist aktuell hier darauf eingegangen.*

Dieses Agieren der politischen Verantwortlichen in Brüssel und auch Berlin kann man

nur als kriminell bezeichnen. Die Bedürfnisse der Bürger spielen keine Rolle, es zählen nur die Profite der Finanzindustrie und letztendlich die der herrschenden Oligarchie. So ein Europa braucht niemand!

6. **Drei Jahre Oxi: Wie die Hoffnung in Europa begraben wurde**
"In Griechenland endete damals die politische Hoffnung der Linken. Nicht als abstraktes Prinzip, sondern als konkreter strategischer Vorschlag. Die Konzeption war: Mit Unterstützung unabhängiger sozialer Massenbewegungen werden linke Regierungen gewählt. Die linken Regierungen nützen Widersprüche in den Eliten und beenden in taktischen Bündnissen mit Teilen der Sozialdemokratie die Kürzungspolitik. Sie verändern dabei die Europäische Union und machen nicht nur für die Länder des europäischen Südens eine andere, zumindest keynesianische Wirtschaftspolitik und schließlich sogar die soziale Transformation möglich. Doch es zeigte sich: Die Widersprüche in den Eliten waren nicht so groß und die meisten SozialdemokratInnen nicht an einem Ende der Kürzungspolitik interessiert. Diese Strategie ist gescheitert."
"Die Rechten haben, das zeigt sich seit dem Brexit, jene Rücksichtslosigkeit, jene Bereitschaft zu Brüchen, zu Regelverletzungen und zur Macht, die der Linken nicht nur in Griechenland gefehlt hat. Ein kurzer Blick auf den Umbau des österreichischen Staates durch Schwarz-Blau, die erpresserischen Taktiken von Salvini und Seehofer reichen, um das zu bestätigen. Die Rechte ist bereit, für ihre politischen Ziele die Stabilität des Status Quo aufs Spiel zu setzen. Die Linke versucht hingegen „verantwortungsvoll" zu sein – und stabilisiert damit ein politisches und ökonomisches System, das als einzige scheinbare Opposition schließlich die Salvinis und Kurz hervorbringt."
Quelle: Mosaik Blog

Anmerkung unseres Lesers V.S.: *Aus heutiger Sicht ist für mich klar, dass das Oxi-Referendum und die folgende Kapitulation ein Wendepunkt für Europa war. Seither werden die linken Vorschläge zur Überwindung des Neoliberalismus und seiner Krise nicht mehr ernst genommen. Die Rechte ist auf dem Vormarsch und kann die wachsende Unzufriedenheit in Europa in fast jedem Land für sich nützen. Leider ist eine gründliche Diskussion über das Scheitern vor drei Jahren bisher ausgeblieben, weshalb wir auch keine Lehren daraus ziehen können. Der Beitrag von Martin Konecny, mit dem ich damals gemeinsam in der Solidaritätsinitiative "Griechenland entscheidet" aktiv war, ist meiner Meinung nach geeignet, eine solche Diskussion anzustoßen.*

7. **Rheinmetall bahnt Geschäfte mit Aserbaidschan an**

Rheinmetall schloss eine Absichtserklärung über eine Kooperation mit der Kaukasusrepublik Aserbaidschan. Für das Land gilt ein Waffenembargo der OSZE. Auch Ex-Minister Niebel traf den aserbaidschanischen Botschafter.
Der Rüstungskonzern Rheinmetall versucht Geschäfte mit der Kaukasusrepublik Aserbaidschan anzubahnen. Nach Informationen des stern unterzeichnete der Rheinmetall-Manager John Taylor Mitte Juni gemeinsam mit dem aserbaidschanischen Minister für Rüstungswirtschaft eine Absichtserklärung über eine künftige "bilaterale Kooperation". Die Unterzeichnung fand auf der Rüstungsmesse Eurosatory bei Paris statt. Bereits Anfang April hatte der frühere Bundesminister und heutige Rheinmetall-Cheflobbyist Dirk Niebel offenbar den aserbaidschanischen Botschafter in Berlin getroffen. Die Botschaft des Landes hatte das per Twitter verbreitet, die Nachricht dann aber rasch wieder gelöscht.
Für Aserbaidschan wie auch für das Nachbarland Armenien gilt ein Waffenembargo der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Es wurde im Jahr 1992 verhängt, als zwischen Aserbaidschan und Armenien blutige Kämpfe um die Region Berg Karabach ausbrachen. Der Kriegszustand wurde nie offiziell beendet, immer wieder flackern Kämpfe auf.
Quelle: Stern Online

8. **Die Schlacht um Al Hudaydah (II)**
   Die Vereinigten Arabischen Emirate, Aggressor im Jemen-Krieg und in der aktuellen Schlacht um Al Hudaydah, werden beim Aufbau ihrer Rüstungsindustrie von deutschen Waffenschmieden unterstützt. So hat der Düsseldorfer Rheinmetall-Konzern den Emiraten bei der Gründung einer Munitionsfabrik geholfen; die Streitkräfte des Landes, die in einem Gefechtsübungszentrum von Rheinmetall trainieren, nutzen Militärfahrzeuge, die eine emiratische Rüstungsfirma in Kooperation mit dem Düsseldorfer Waffenproduzenten hergestellt hat. Umgekehrt hat ein emiratisch-libanesisches Unternehmen die Werft German Naval Yards Kiel übernommen, baut Korvetten für Israel und bewirbt sich um den Bau des deutschen Mehrzweckkampfschiffs MKS 180. Beobachter urteilen, die Emirate nutzten den Krieg im Jemen, um die Kontrolle über die Häfen des Landes zu erlangen und sich so eine geostrategisch bedeutende Stellung am Roten Meer zu sichern. Gegen die von emiratischen Truppen angeführte Schlacht um Al Hudaydah laufen Menschenrechts- und Hilfsorganisationen Sturm.
   Quelle: German Foreign Policy
9. **Katastrophale Zustände: Was in deutschen Kinderheimen falsch läuft**
   Heimerziehung ist nach wie vor ein lukratives Geschäft. (…)
   Meine Mutter war in den 1950er Jahren in eine Obdachlosensiedlung gezogen, lernte nach ihrer Scheidung einen neuen Mann kennen, der ihr offensichtlich näherstand als

ich. Einen Mann, über den man offenbar ein Kind vergessen konnte.
Zwar bekam ich im Heim etwas zu essen – doch alles andere trug weniger zu meiner Gesundheit bei: Keine Zuwendung, wenig Anregung, steriles Umfeld. (…)
Warum ich das schreibe? Weil sich, seit ich als Kind in einem Heim war, wenig an den Zuständen geändert hat und jeder wissen sollte wie es dort zu geht. (…)
Es gibt einen sehr plausiblen Grund für den überproportionalen Anstieg trotz ambulanter Familienhilfe. Heimkinder sind eine sichere Einkommensquelle. Die Kosten für den Staat liegen im Monat bei 3000 bis 6000 Euro pro Kind und in Einzelfällen sogar höher. Das Geld geht komplett an das Kinderheim.
Wenn das Jugendamt eine Heimeinweisung anordnet, dann muss der Staat diesen Betrag für das Kind an das jeweilige Heim zahlen.
8,71 Milliarden Euro hat Deutschland im Jahr 2013 laut statistischem Bundesamt für die Fremderziehung von Kindern und Jugendlichen außerhalb der Familie ausgegeben. (…)
Für den Bereich Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und für den erzieherischen Kinder- und Jugendschutz waren es lediglich 3,81 Milliarden Euro im gleichen Jahr.
Sämtliche Kämmerer in allen Kommunen beklagen sich inzwischen darüber. (…)
Heimerziehung ist immer Fremderziehung. Die Kinder und Jugendlichen leben in einer Anstalt, in der sie weder Eigentum noch entsprechende Verfügungsgewalt über ihre Umwelt besitzen.
Für die Pädagogen, die sie betreuen, ist das Heim lediglich der Arbeitsplatz.
Im Wissen um den Unsinn von Heimerziehung stellt sich die Frage: Könnte man den Familien für die bis zu 6000 Euro, die der Staat pro Kind und Monat an das Heim zahlt, nicht auch den Familien direkt helfen? So, dass das Kind gar nicht erst ins Heim muss?
Quelle: Huffpost

10. **Bischofferode – Das Treuhand-Trauma**
Am 1. Juli 1993 begannen zwölf Kumpel vom Kalibergwerk "Thomas Müntzer" einen Hungerstreik für den Erhalt ihres Werkes in Bischofferode.
Bis heute ein Symbol für den Kampf gegen die Privatisierungspolitik der Treuhand.
Quelle: mdr

Anmerkung Albrecht Müller: *Wichtiges Thema.*

11. **Mount Everest, ein lebensgefährliches Disneyland?**
"Der Expeditionstourismus hat eine Form angenommen, die nicht mehr sozial verträglich ist", sagt Katharina Conradin, Präsidentin der Internationalen Alpenschutzkommission CIPRA. Zuvor war sie Geschäftsführerin von Mountain

Wilderness Schweiz, die Organisation setzt sich für umweltverträglichen Bergsport ein. Die Expeditionen seien wie eine Invasion, die oft wenig mit der lokalen Kultur zu tun haben will, sagt die Schweizerin. Die Hierarchie sei klar: zahlende Kunden auf der einen Seite und auf der anderen Sherpas als Träger, die quasi alles leisten müssen. Außerdem blieben ein Großteil der Einnahmen nicht im Land, sondern flössen in die Heimatländer der Anbieter ab. Hinzu komme die ökologische Dimension, die sich aber nicht nur auf die Abfallproblematik beschränkt, sagt Conradin. "Der Bergtourist ist eigentlich sehr naturinteressiert, verursacht aber gleichzeitig durch die weite Anreise Emissionen."
Und am Ziel wird es nicht besser: Höchste Müllhalde der Welt wurde der Mount Everest schon genannt. Seit dem verheerenden Erdbeben in Nepal 2015 hat sich die Situation am Berg wieder verschlechtert, vor allem ab Camp zwei auf der Südseite berichten viele von unhaltbaren Zuständen. Dort stapelten sich kaputte Zelte, leere Sauerstoffflaschen, zurückgelassene Ausrüstung und Verpackungen – manches davon liegt schon lange dort. Das mildere Klima in der diesjährigen Saison hat Überreste vergangener Jahrzehnte freigeschmolzen. Das größte Problem sei aber aktuell nicht der Müll, der nach und nach vom Berg entfernt werde, sondern die menschlichen Exkremente, sagt Peter Hillary: "Es ist eine Schande."
Quelle: Süddeutsche

Anmerkung JK: *Im globalisierten Kapitalismus bleibt kein Flecken Erde verschont. Wo sich Profit generieren lässt wird dies auch realisiert.*

12. **WM 2018 und Adidas – Der Lohn reicht kaum zum Überleben**
22 Teams stattet Adidas bei der Fußball-WM in Russland aus – auch die Nationalelf. Die Arbeitsbedingungen für die Näherinnen verbessern sich zwar, aber nur langsam und auf Druck von außen. Zu Besuch in einer Textilfabrik in Honduras
In einer grün-weiß getünchten Holzhütte im Norden von Honduras zieren bunte Papierblumen und Schmetterlinge die Wände. Dazwischen hängen Fotos und Malereien von Frauen bei der Arbeit: auf dem Feld, in der Produktion, an der Nähmaschine. Die Hilfsorganisation „Unabhängiges Beobachterteam von Honduras" (EMIH) hat hier ihren Hauptsitz – in der Stadt mit der höchsten Kriminalitätsrate im ganzen Land. Sie überwachen die Arbeitsstandards in den Kleiderfabriken.
An einem Montag im Mai laden sie ein zu einer Gesprächsrunde über einen Giganten der Industrie, der in San Pedro Sula T-Shirts nähen lässt – Adidas. Adidas hat die Nationalelf sowie 21 weitere Teams, die bei der WM in Russland an den Start gingen, ausgestattet. Das Herzogenauracher Unternehmen ist auch größter Sponsor des DFB: 65 Millionen Euro fließen jährlich. 2016 lag der Konzerngewinn bei einer Milliarde.

Möglich war das durch die umfassende Auslagerung. Weltweit hat der Konzern etwa 800 Lieferanten in mehr als 55 Ländern. Aber was heißt das vor Ort, zum Beispiel in der Zulieferfabrik Pinehurst Manufacturing in San Pedro Sula mit mehr als 1800 Angestellten?
Quelle: Cicero

13. **Kritik an Özil nach dem WM-Aus: Oliver Bierhoff verhält sich unanständig**
Oliver Bierhoff kämpft um seinen Posten. Rücksichtslos, mit allen Mitteln und auf Kosten von Mesut Özil. Ein Kommentar vom Chefredakteur der "11 Freunde".
Die Hoffnung, der DFB und die Verantwortlichen der Nationalelf würden das desaströse sportliche Abschneiden bei der WM in Russland nutzen, um die eigene Arbeit, die Fehler und Versäumnisse grundlegend zu analysieren und neue Strukturen zu schaffen, die die deutsche Elf zur EM 2020 wieder wettbewerbsfähig machen.
Diese Hoffnung hatte sich eigentlich schon am letzten Wochenende verflüchtigt. Denn anstatt gemeinsam und ehrlich die Prozesse und Entscheidungen der letzten Jahre zu beleuchten und dann darüber zu entscheiden, in welcher personellen Konstellation die Nationalelf weiterarbeiten soll, funkte sich das DFB-Präsidium eilends am Wochenende in einer Telefonkonferenz zusammen, sprach dem Bundestrainer Joachim Löw sein Vertrauen aus und bekniete Löw geradezu, doch bittebitte weiter Bundestrainer zu bleiben. Und als Löw dann am letzten Dienstag in der DFB-Zentrale vorstellig wurde, gab es auch keinerlei kritische Nachfragen, stattdessen verlautete es aus den Gremien, eine "überstürzte und oberflächliche Bewertung" des Russland-Desasters ergebe keinen Sinn. Überstürzt und oberflächlich Löw das Vertrauen auszusprechen, ergab offenbar sehr wohl Sinn.
Angesichts des offenbar grenzenlosen Zutrauens der DFB-Spitze in Joachim Löw muss Oliver Bierhoff klar geworden sein, dass nun er statt des Bundestrainer in den Fokus der Kritik geraten würde. Der Manager ist Machtmensch genug, um zu wissen, dass solche epochale sportliche Niederschläge selten ohne personelle Veränderungen einhergehen, und sei es nur, um der Öffentlichkeit den eigenen Reformwillen zu demonstrieren. Und Bierhoff war bereits zuvor scharf angegangen worden, für das deprimierende WM-Quartier in Watutinki, diversen Marketing-Quatsch und überhaupt.
Quelle: Tagesspiegel

14. **Klopp Talk: "I Will Never Vote for the Right"**
Jürgen Klopp has always seemed a good fit for Liverpool. Politics might have something to do with that. […]
"I'm on the left, of course," Jürgen Klopp notes, as relayed by journalist Raphael Honigstein in his new book about the Liverpool manager. "More left than middle. I believe in the welfare state. I'm not privately insured. I would never vote for a party because they promised to lower the top tax rate." […]

"My political understanding is this," he added. "If I am doing well, I want others to do well, too. If there's something I will never do in my life it is vote for the right."
Quelle: SBNation

Anmerkung Jens Berger: *Erfreuliche Aussagen einer Trainer-Ikone, die sich – anders als beispielsweise Jogi Löw – nicht vor den Karren der Kanzlerin spannen lässt.*

15. **Aufzeichner des Unsagbaren – Nachruf auf Claude Lanzmann**
Den Schrecknissen des 20. Jahrhunderts noch Lebenskraft abzutrotzen und ihnen dennoch nie entkommen zu können, war ein, wenn nicht das zentrale Motiv in Lanzmanns Arbeit. An seinem filmischen Hauptwerk Shoah arbeitete er mehr als ein Jahrzehnt, die Hälfte der Zeit im Schneideraum. Es wurde ein Monolith der Filmgeschichte, ist die noch immer eindringlichste Aufarbeitung der industriellen Vernichtung der Juden. Er gab dem, was man zuvor mit "Auschwitz" und "Holocaust" umschrieb, einen Namen aus der Sprache der Opfer: "Shoah" heißt auf Hebräisch großes Unheil, Katastrophe. Der mehr als neunstündige Film ist eine Wette gegen die eigene Unmöglichkeit.
Quelle: Die Zeit